

Antrag Nr. 24-O-12-0044

SPD-Fraktion

Betreff:

Aufnahme in das städtebauliche Förderprogramm des Landes Hessen „Zukunftsbündnis für sozialen Zusammenhalt“ (SPD)

Antragstext:

Antrag der SPD-Fraktion:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten, zu prüfen, ob der Ortsteil Erbenheim-Hoch in das städtebauliche Förderprogramm „Zukunftsbündnis für sozialen Zusammenhalt“ aufgenommen werden kann.

Begründung:

Am 26. Juni 2024 hat das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum in Zusammenarbeit mit dem Ministerium Arbeit, Integration, Jugend und Soziales das „Zukunftsbündnisses für sozialen Zusammenhalt“ als Weiterentwicklung des Städtebauförderungsprogramms „Sozialer Zusammenhalt“ ins Leben gerufen. *„Städtebauliche Maßnahmen der Sozialen Stadt“ sind Maßnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung von durch soziale Missstände benachteiligten Ortsteilen oder anderen Teilen des Gemeindegebiets, in denen ein besonderer Entwicklungsbedarf besteht“* (vgl. hierzu § 171e BauGB). Schwerpunkte der Maßnahme sind dabei der Bau von Stadtteil- und Nachbarschaftszentren, Kinder- und Familienzentren, Kitas und Bildungshäusern, Beratungszentren sowie die gestalterische Aufwertung öffentlicher Plätze und von Sport-, Spiel-, Freizeit- und Grünflächen.

Gemäß des Teilhabestandards für Stadtteile mit hohen sozialen Bedarfslagen handelt es sich bei dem Hochfeld um ein Gebiet im Ortsteil Erbenheim mit hoher sozialen Bedarfslage (vgl. Broschüre Wiesbadener Teilhabestandard für Stadtteile mit hohen sozialen Bedarfslagen 2024). Gemäß der Wiesbadener Sozialraumanalyse aus dem Jahr 2019 liegt der Stadtteil „Erbenheim-Hochfeld“ auf Rang 4 von den insgesamt 34 Stadtteilen mit hoher sozialen Bedarfslage (vgl. auch Wiesbadener Sozialraumanalyse 2019 S. 268). Auch unter Berücksichtigung der Daten aus dem Stadtteilprofil des Ortsteil Erbenheim Hochfeld erscheint das Hochfeld aus Sicht des Ortsbeirates dazu geeignet die Voraussetzungen des städtebaulichen Förderprogrammes zu erfüllen. Vor diesem Hintergrund bittet der Ortsberat den Magistrat der Stadt Wiesbaden dies zu prüfen und zu berichten.

Wiesbaden, 02.09.2024

Glück
Fraktionssprecherin